

## Rede zum Haushalt 2015

Der Haushalt liegt vor und ist wieder nicht ausgeglichen.

Das Defizit für 2015 beträgt voraussichtlich 336.000 €. Und das bei gestiegenen Mehreinnahmen, teilw. durch Steueremehreinnahmen von über 500.000 € von 2014 zu 2015 und mehr als 1,3 Mio. von 2013 zu 2015.

Im gleichen Zeitraum sind die Ausgaben in ähnlicher Höhe gestiegen, um knapp 400.000 von 2014 zu 2015 und rd. 1,1 Mio. von 2013 zu 2015.

Sicher ist ein Teil der Mehrkosten mit Lohnsteigerungen und der neuen Gruppe im Kindergarten zu erklären. Ein Großteil der Positionen im Haushalt sind nicht veränderbar, wohl aber die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. .

Da der BGM im HFA erklärt hat, die im Haushalt aufgeführten Zahlen für 2014 wären nicht vergleichbar, habe ich den Vergleich jetzt zu 2013 gezogen:

Rohstoffe:	Mehrkosten 26 % = 26.000 €
Verbrauchsmittel	Mehrkosten knapp 30 % = 7.000 €
Gas	Mehrkosten rd. 12 % = 7.000 €
Fernwärme	Mehrkosten rd. 33 % = 6.000 €
Heizöl	Mehrkosten rd. 43 % = 8.300 €
Treibstoffe	Mehrkosten rd. 10 % = 5.000 €

Allein bei diesen wenigen Positionen haben wir eine Aufwandssteigerung von 261.000 € zu 321.500 € das sind rd. 60.000 € =23 %.

Hier sehen wir ein großes Einsparpotential, denn die Energiekosten sind im Vergleich zu 2013 deutlich niedriger.

Wenn man diese Aufstellung erweitert – ich hab das mal mit 20 Positionen der Sach- und Dienstleistungen gemacht von Bauordnung bis Tourismus haben wir eine Steigerung von 488.000 zu geplanten 745.000 € - das sind dann über 50 % Steigerung in 2 Jahren.

Nur zu Klarstellung: Wir reden nicht über Personalkosten, wir reden nicht über Investitionen, wir reden nicht über Abschreibungen oder Kreisumlage etc.

Wir denken, dass sicher Mehrkosten an der einen oder anderen Stelle notwendig sind. Aber wir müssen auch abwägen, was wir unseren Bürgerinnen und Bürgern noch an Mehrbelastung zumuten können. Wir denken, die Schallgrenze ist bei weitem erreicht, jetzt müssen wir über Einsparungen und nicht Steuererhöhungen reden.

Wir haben deshalb Anträge zu Sparvorschlägen vorgelegt. BGM Denn hat im HFA erläutert, dass das Defizit von 350.000 Euro nicht überschritten werden darf, denn sonst genehmigt die Kommunalaufsicht den defizitären Haushalt nicht.

Es hat sich im Ausschuss abgezeichnet, dass es dafür eine Mehrheit gibt, im Einzelnen sind das

Reduzierung der Ansätze für Winterdienst um	5.000 Euro,
Personalkostenreduzierung von	40.000 Euro

und eine Haushaltssperre/Haushaltskürzung von 5 % aller der Aufwendungen, die nicht wegen gesetzlicher oder vertraglicher Auflagen in voller Höhe gezahlt werden müssen, wie Lohnkosten, Beiträge, Mieten etc.

Wir haben auf Empfehlung des BGM aus dem Antrag zur der Haushaltskürzung eine HH-Sperre gemacht, wir können mit beidem leben. Dieser geänderte Antrag ist dann aber zum Haushaltssicherungskonzept.

Wenn man diese Summen zusammenrechnet, kommt man auf Einsparungen von mind. . 150.000 € - 160.000 €.

Zusätzlich beantragen wir im Produkt Stadtplanung die Ansätze von 70.000 € um 20.000 € zu kürzen, da mit Sicherheit nicht alle geplanten Maßnahmen von Südlink bis K+S-Pipeline kommen werden,

Verwirrend dabei, das in den HH-Entwürfen, die uns vorliegen, unterschiedliche Zahlen vorliegen, teilweise sind dort nur 60.000 veranschlagt.

Das wären dann Einsparungen von rd. 170.000 – 180.000 €.

Kommen wir zu unserem Antrag, die Gewerbesteuer nicht wie vorgesehen von 380 auf 480 Prozentpunkte zu erhöhen. Es hat intensive Diskussionen gegeben, wir haben noch einmal bei Steuerberatern und dem Kreiskämmerer nachgefragt:

Fakt ist, dass die geplante Erhöhung zu 100 % von den Gewerbetreibenden zu bezahlen ist und diese nicht mit Einkommensteuerzahlungen verrechnet werden kann (Frau Brede von der SPD hatte mit ihrer Argumentation im Ausschuss Unrecht).

Fakt ist auch, dass diese Mehreinnahmen nicht zu 100 % dem Haushalt zur Verfügung stehen, sondern dafür Umlagen zu zahlen sind.

Und Fakt ist auch, dass wir mit den 380 Punkten schon am oberen Level im Vergleich zu den Nachbarkommunen liegen. Mit 480 Prozentpunkten wären wir absoluter Spitzenreiter. Und wir machten dann damit aus einer Gewerbesteuer eine Gewerbevertriebssteuer.

Aber was wollen wir denn, wollen wir hier Gewerbe ansiedeln, neue Arbeitsplätze schaffen oder wollen wir die Gewerbetreibenden vertreiben.

Herr Mander, Ihr Argument, die Bürger hätten wir mit der Grundsteuererhöhung belastet, die Gewerbetreibenden wären jetzt dran, kann ich nicht nachvollziehen, die Gewerbetreibenden sind bereits einmal zur Kasse gebeten worden, sie haben wir alle anderen Grundeigentümer ebenfalls die Grundsteuererhöhung zu tragen, egal ob als Eigentümer oder als Mieter, die sind dann also zweimal betroffen. Wir fordern mit dieser Erhöhung aber jetzt von den vielleicht 100 Gewerbetreibenden (und die meisten sind eher kleine mittelständische Unternehmen als Großunternehmen) eine Mehrbelastung von 190.000 Euro, Das ist unverhältnismäßig und ein Schritt in die absolut falsche Richtung. Eigentlich müssten wir Gewerbetreibende – wie in der Vergangenheit teilweise schon geschehen, eher subventionieren als noch mehr belasten.

Sie sind der Motor dafür, dass Zierenberg für Neubürger attraktiver wird, sie schaffen Arbeitsplätze für die Zierenberger . Sie beteiligen sich jetzt schon mit rd. 1 Mio. Gewerbesteuer am Gesamthalt von rd. 11 Mio.

Wir haben in der letzten Sitzung beschlossen, zu prüfen, ob ein neues Gewerbegebiet ausgewiesen werden kann. Das hat aber nur dann Sinn, wenn die Rahmenbedingungen auf beiden Seiten passen.

Wir haben in der Vergangenheit alles getan, um Zierenberg immer weniger attraktiv werden zu lassen. Wir haben Kindergartengebühren erhöht, Grundsteuer erhöht, Gebühren erhöht. Irgendwie muss mal Schluss sein, mehr Erhöhung verkräftet die Stadt, wenn sie denn attraktiv bleiben soll, nicht.

Wir haben mit unseren Anträgen nachgewiesen, dass wir damit die Gewerbesteuererhöhung kompensieren können und bitten um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen.

Dann werden wir den Haushalt mittragen, auch mit dem Defizit.

(B. Mlasowsky)